

Parlament lehnt höhere Besteuerung von Vorsorgekapital ab

Im Rahmen der Debatte rund um das Entlastungspaket 27 hat das Parlament die vom Bundesrat geplante höhere Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule abgelehnt. Die bundesrätliche Vernehmlassungsvorlage sah vor, dass Kapitalleistungen aus Vorsorge auf Bundesebene zwar weiterhin gesondert besteuert werden, allerdings mit einem deutlich höheren progressiven Tarif von bis zu 11.5%.

Der Nationalrat hat sich gestern gegen eine solche höhere Besteuerung von Kapitalleistungen aus Vorsorge ausgesprochen, nachdem dies der Ständerat bereits im Dezember letzten Jahres getan hatte.

Die Bereinigung der Vorlage läuft noch bis zum 20. März 2026. Danach ist ein Referendum möglich. Die Grünen haben ein solches bereits angekündigt. Kommt dieses gültig zustande, wird eine Volksabstimmung für September 2026 erwartet.

Falls Sie Fragen zu diesem Thema haben, wenden Sie sich bitte an Ihren Tax Partner Kontakt oder an die Autorenschaft:



Natalie Dini
Partnerin
natalie.dini@taxpartner.ch
044 215 77 48



Marc Müller
Advisor
marc.mueller@taxpartner.ch
044 215 77 62

Publikationsdatum: 05.03.2026